

Baerbock als UN-Präsidentin: Was bedeutet das für unsere Minister?

Am 16.04.2025 wird Annalena Baerbock UN-Präsidentin. Neuerungen zu Karenzzeiten und Übergängen in die Wirtschaft stehen im Fokus.



Berlin, Deutschland - Am 16. April 2025 stehen die politischen Weichen in Deutschland unter einem neuen Licht. Ein zentrales Thema ist die bevorstehende Wahl von Annalena Baerbock (Grüne) zur neuen Präsidentin der Vereinten Nationen, deren Bestätigung im Juni als Formsache gilt. Gleichzeitig gibt es Unsicherheiten über die künftigen Positionen ihrer Ministerkolleginnen und -kollegen aus der Ampel-Koalition. Insbesondere ist der Wechsel von ehemaligen Ministern in die Wirtschaft erneut in den Fokus gerückt.

In der Vergangenheit gab es immer wieder prominente Seitenwechsel von Ministerinnen und Ministern, die ihre politischen Karrieren in der freien Wirtschaft fortsetzten. So

wechselte Dirk Niebel (FDP) 13 Monate nach seiner Zeit im Ministeramt zu Rheinmetall, während Daniel Bahr (FDP) 10 Monate später zur Allianz Versicherung ging. Seit Juli 2015 gelten neue Regelungen für diese Übergänge, die jedoch laut Kritiker noch Spielraum für Verbesserung bieten.

Regelungen zum Seitenwechsel

Nach den aktuellen Bestimmungen müssen ehemalige Mitglieder der Bundesregierung innerhalb der ersten 18 Monate nach ihrem Ausscheiden neue Jobangebote offenlegen, es sei denn, sie kehren in den öffentlichen Dienst zurück. Ein unabhängiges Gremium beim Kanzleramt, das seit März 2022 aus Norbert Lammert, Krista Sager und Andreas Voßkuhle besteht, bewertet diese Wechsel und empfiehlt Karenzzeiten zwischen maximal 12 und in besonderen Fällen bis zu 18 Monaten. Diese Entscheidungen sind öffentlich im Bundesanzeiger einsehbar. Für Bundestagsabgeordnete gibt es hingegen keine speziellen Übergangsregeln.

Ein weiterer Aspekt, der zunehmend diskutiert wird, sind die Mitarbeitenden in Ministerien, die ihre beruflichen Wechsel bis zu fünf Jahre nach Beendigung ihrer Tätigkeit melden müssen. Ihre Ministerien entscheiden über etwaige Karenzpflichten. Dies hat zu Kritik von Organisationen wie Lobbycontrol und Abgeordnetenwatch geführt. Timo Lange von Lobbycontrol warnte vor den Gefahren, die solche Wechsel für die Demokratie darstellen können.

Forderungen für eine stärkere Regulierung

Eine konkrete Forderung von Lobbycontrol in diesem Kontext ist eine Erweiterung der Karenzzeiten. Auslöser für diese Diskussion war der Fall des ehemaligen Bundesverkehrsministers Andreas Scheuer (CSU), der kürzlich sein Bundestagsmandat niederlegte und eine Karriere als Unternehmensberater plant. Diese Entwicklungen haben die Geschäftsführerin von LobbyControl, Dierßen, dazu veranlasst, die derzeitigen Regelungen als

unzureichend zu kritisieren. Darüber hinaus unterstützen Vertreter von Transparency International den Vorschlag, dass die Karenzzeit erst mit dem vollständigen Ausscheiden aus der Bundespolitik beginnen sollte.

Die aktuellen Karenzzeiten sollen verhindern, dass ehemalige Politiker:innen in engem zeitlichen Zusammenhang mit ihrem Ausscheiden Entscheidungen im Sinne zukünftiger Arbeitgeber treffen. Doch die bestehende Zeitspanne wird als zu kurz angesehen. Zusätzliche Forderungen beinhalten etwa ein generelles Verbot von Lobbytätigkeiten innerhalb der Karenzzeit sowie die Möglichkeit, Verstöße zu sanktionieren.

Insgesamt zeigt sich, dass die Diskussion um Seitenwechsel und Karenzzeiten nicht nur eine Frage der Regelungen ist, sondern auch ein Indikator für das Vertrauen der Bevölkerung in die politische Klasse und deren Integrität. Ob sich hier tatsächlich Verbesserungen durchsetzen werden, bleibt abzuwarten.

Für eine detaillierte Einsicht in aktuelle Entwicklungen und Forderungen zu diesem Thema sind die Berichte von **Remszeitung**, **Deutschlandfunk** und **Lobbypedia** von großem Interesse.

| Details | |
|----------------|--|
| Vorfall | Sonstiges |
| Ort | Berlin, Deutschland |
| Quellen | <ul style="list-style-type: none">• www.remszeitung.de• www.deutschlandfunk.de• lobbypedia.de |

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de